

PRINZ-ANSPÄGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 42 Das Blatt erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis für 1 J. 50 pro Band. Redaktion und Expedition: Hamburg 15, Claus-Borch-Straße, Nordseite, 2346.

Hamburg, den 18. Oktober 1919

Anzeigen kosten die sechsgeschossige Nonpareille-Zeile oder deren Namens 50 Pf. (der Betrag ist als vorher eingehenden). Verbandsmitglieder kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Kollegen, die Zeit erfordert ein geschlossenes, einiges Zusammenstehen. Sorgt für neue Mitkämpfer, werbt für die Organisation!

Lohnbewegungen auf der ganzen Linie.

Infolge der Kämpfe in der Metallindustrie und im Auto gewerbe sind in einer Reihe von Städten, so in Berlin, Potsdam, Nowawes, Spanbau, Detmold, Herford, Landsberg a. d. W., Lünen, Oeynhausen usw., Hunderte von Kollegen in Wettbewerbschaft gezogen und befinden sich im Streit. Aber auch bei unsfern im Baugewerbe beschäftigten Kollegen macht sich eine immer stärker anwachsende Ungleichheit über die vom Arbeitgeberverband veranlaßte Lohnsteigerung der zentralen Verhandlungen bemerkbar. Vielerorts hat man deshalb selbst mit den Arbeitgebern nahere Beratungen geplündert und Lohnzulagen erwartet. Auf diese Weise war es möglich, dem sonst mit Sicherheit zu erwartenden Lohnkampf aus dem Wege zu gehen.

In Frankfurt a. M. und Offenbach ist durch örtliche Vereinbarung eine weitere Zulage von 80 Pf. pro Stunde erfolgt. In Darmstadt, Hanau, Mainz und Wiesbaden beträgt sie 20 Pf. In Cassel und Friedberg ist die Bewegung noch nicht erlebt. In Trier haben sich die Arbeitgeber mit unserer Hilfsverwaltung auf eine erhöhte Zulage geeinigt. — In Mannheim und Stuttgart haben ebenfalls nach örtlicher Beratung weitere Erhöhungen der Stundenlohn stattgefunden. In Nürnberg ist durch örtliche Verhandlungen eine Zulage von 80 Pf. festgelegt worden. In Hildesheim befinden sich die Kollegen im Streit. In Crammischau und Gera sind Verhandlungen eins geleitet. Die schiedsgerichtlich festgesetzten Löhne werden endlich bezahlt. In Würzburg kam es zu einem vierzigigen Streit, der mit gutem Erfolg für die Kollegenschaft beendet wurde. In Schweinfurt haben die Kollegen mit der Verschleppungsfabrik der Arbeitgeber Schluss gemacht und einstimmig beschlossen, am 11. Oktober die Arbeit einzufallen, wenn bis dahin über die eingereichten Forderungen nicht verhandelt worden ist. In Soest haben unsere Kollegen am 9. Oktober die Arbeit eingestellt. Der Obermeister will mit der Organisation nicht verhandeln. Da wird es wohl Zeit, solche rechtlichen Elemente aus dem Schlosse zu werken.

In der Fahrtradindustrie zu Brandenburg, wo 80 Kollegen tätig sind, ist auf die eingestellten Forderungen hin eine Einigung gekommen. In Berlin befinden sich noch 120 Kollegen, die in der Autoreifenbranche beschäftigt sind, im Streit; ein Teil der größeren Firmen hat bereits die Forderungen bewilligt; auch bei den übrigen Arbeitgebern des Radierer gewerbes sind Forderungen eingereicht worden. Im Münchner Wagenlackiergewerbe sind Verhandlungen im Gange.

Auf Grund örtlicher Verhandlungen sind des weiteren in nachstehenden Lohngebieten Lohnverbesserungen eingetreten: In Braunschweig ist es zu einem Tarifabschluß gekommen mit einem Mindestlohn von M. 2,20 die Stunde. Für Bremerode ist ein Tarif mit einem Mindestlohn von M. 2,00 abgeschlossen. In Leitzow und Waren i. M. kam es zu einer tariflichen Regelung des Arbeitsvertrages, die eine Erhöhung des Stundenlohnes um weitere 85 Pf. vor sieht. Soweit örtliche Tarifverträge bestehen, wurde für Apenrade ein Stundenlohn von M. 2,50 vereinbart. Ebenso erhalten die Kollegen in Hadersleben eine Zulage von 50 Pf., so daß auch dort der Stundenlohn jetzt M. 2,50 beträgt. Von den Lohngebieten, die unter den Reichstarifvertrag entfallen, sind in folgenden Orten Lohnzugeschäftsverträge gemacht worden: In Cuxhaven erhielten unsere Kollegen eine Zulage von 85 Pf., so daß der jetzige Stundenlohn M. 2,60 beträgt. In Flensburg wurden 40 Pf. bewilligt, so daß der Stundenlohn auf M. 2,60 steigt. Durch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses in Göttingen wurde der Schiedsspruch vom 18. Juli für verbindlich erklärt; es

muß daher der seit dem 1. Juli zu wenig bezahlte lohn nachgezahlt werden. In Hameln sind von den Malermeistern 20 Pf. Lohnzulage zugestanden worden, in Hildesheim 24 Pf., wodurch eine Gleichstellung mit dem lohn im Baugewerbe erfolgte, der M. 2,10 beträgt. Für Nienburg beträgt die neu vereinbarte Lohnzulage 40 Pf., somit der jetzige Stundenlohn M. 2,60. In Bielefeld werden 50 Pf. bewilligt, so daß der Mindestlohn jetzt M. 2,60 beträgt. Für Norden und Bremen ist eine Zulage von 80 Pf. zugestanden. In Oldenburg erhöhten die Arbeitgeber den lohn von M. 2 auf M. 2,40, in Menden auf M. 2,80 die Stunde. Trotzdem der Schlichtungsausschuk zu Schwarzen, ebenso der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch vom 18. Juli für verbindlich erklärt hatten, weigerten sich die dortigen Malermeister, diesen anzuerkennen. Als darauf unsere Kollegen zur Geldhilfe gegriffen und die Arbeit niedergelegt hatten, erklärte man sich bereit, den seit dem 1. Juli zu wenig bezahlten lohn sofort nachzuzahlen und bewilligte eine weitere Lohnzulage von 85 Pf., wodurch sich der Mindestlohn auf M. 2,85 erhöht. In Sonderburg ist eine Zulage von 80 Pf. zugestanden. In Braunschweig ist der am 8. Juni festgesetzte lohn von M. 2,10 erst seit dem 15. August bezahlt worden. Neben die Nachzahlung des zu wenig bezahlten lohnes hat der Schlichtungsausschuk zu entscheiden. So regt sich auf der ganzen Linie unsere Kollegenschaft, um nicht länger gegenüber andern Arbeiterschichten in der lohnzahlung zurückzustehen. Die bittere Not zwinge sie zum Vorgehen; denn wohin man auch blicken mag, die anhaltende Preistiegerung zieht konsequenterweise weitere lohnforderungen nach sich.

Der Arbeitsmarkt im August 1919.

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 4 264 179 Mitglieder berichteten, betrug nach dem "Reichsarbeitsblatt" die Arbeitslosenzahl im August 180 215 oder 3,1 v. H. Im Vormonat hatten 81 Fachverbände unter ihren Mitgliedern ebenfalls eine Arbeitslosigkeit von 8,1 v. H. festgestellt. Die Arbeitslosigkeit hat sich demnach im allgemeinen nicht erhöht. Bei der Verteilung auf die männlichen und weiblichen Mitglieder ergeben sich aber bemerkenswerte Unterschiede. Bei den Männern ist die Arbeitslosenziffer von 2,8 auf 2,6 v. H. gesunken, bei den Frauen weist sie dagegen eine Zunahme von 4,8 auf 4,8 v. H. auf. Die größte Arbeitslosenziffer ist nach wie vor im Bekleidungs gewerbe vorhanden, wo sie immer noch 17,2 v. H. gegen 19,1 v. H. im Vormonat aufweist. Eine bemerkenswerte Rückgang der Arbeitslosigkeit von 5,1 auf 2,8 v. H. weist das Werkzeuggewerbe auf.

Ein etwas anderes Bild zeigt die Statistik der Arbeits nachweise. Auf je 100 offene Stellen kamen insgesamt im August bei den Männern 164 Arbeitssuchende gegen 151 im Vormonat, bei den Frauen dagegen 186 gegen 140 im Vormonat. Im Bergbau dagegen kamen auf 100 offene Stellen nur 82 Arbeitssuchende von Männern und 56 von Frauen. Die Zahl der untersuchungsberechtigten Erwerbstäler ist in 111 Städten von 828 911 (darunter 229 897 Männer und 940 84 Frauen) am 2. August auf 907 727 (darunter 209 884 Männer und 87 893 Frauen) am 30. August gesunken.

Nach den Nachweisungen von 4888 Krankenkassen betrug die Zahl der männlichen und weiblichen Pflichtmitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken am 1. September insgesamt 8 756 933, darunter 8 388 282 oder 28,1 v. H. weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder abzüglich der Kranken hat sich gegen den Vormonat um 45 226 oder 0,8 v. H. und die Zahl der weiblichen Pflichtmitglieder um 3063 oder 0,1 v. H. erhöht. Setzt man die Zahl der Versicherungspflichtigen abzüglich der Kranken vom 1. Januar 1919 gleich 100, so stellt sich die Beschäftigtenziffer am 1. September dieses Jahres auf 137,7 bei den Männern und 98,9 bei den Frauen, insgesamt also auf 119,9.

In der Gesamtlage des Baugewerbes hat sich dem "Baumaterialienmarkt" zufolge gegenüber dem Vormonat kaum etwas getan. Man darf für die nächste Zeit

überhaupt mit einer gewissen Stetigkeit des Baugewerbes rechnen, da der Umsatz der Baustoffserzeugung und die damit gegebene Baufähigkeit ungefähr gleich bleiben wird. Der bisher vorhandene Überschuss an Bauplatten muß insgesamt etwas nachlassen. Soweit speziell der Kleinwohnungsbau auf Mangel an Holzmitteln stoße, wird die inzwischen erfolgte Bewilligung weiterer 500 Mittel-Mark Baustoffzuschüsse auf die Baufähigkeit anregend einwirken. Es sind denn auch zurzeit in Groß-Berlin eine größere Anzahl Kleinhäuschenbauten und Kleinhäuschenanlagen für Gemeinden und gewinnlose Siedlungen im Gange. Das gleiche wird auch aus einer Reihe westdeutscher Städte berichtet, wo im übrigen die Baufähigkeit fast völlig ruht und nur kleine Umbau- und Neubauten vorgenommen werden. Biegere Baufähigkeit wird dagegen aus Sachsen und Südwestdeutschland gemeldet. Der Grundstücksmarkt ist nach wie vor lebhaft. Hypothekengelder sind zu regenrechten Sätzen zu haben.

Im Malergewerbe bessern sich die Aussichten, da die wichtigsten Rohstoffe wenn auch zu hohen, so doch annehmbarem Preise zu haben sind, indessen war die Beschäftigung in den meisten Bezirken bisher nicht sehr rege. Für das gesamte Baugewerbe ergibt sich die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitsnachfrage für August 1919 aus folgenden Zahlen:

	Arbeits gelöste Stellen	Offene Stellen	Bestellte Stellen
Davon entfallen auf:	36205	28198	17061
Maler, Putzer, Stuckateure	13205	13581	7270
Gimmerer	5188	5840	8228
Lackierer, Anstreicher	12682	8603	8207
Glasern	1099	632	446

Auf 100 offene Stellen entfallen demnach Arbeitsgesuche in den Monaten Juni, Juli und August 1919:

	Juni	Juli	August
Von Maurern	183,1	110,5	97,0
Zimmerer	104,6	102,3	97,0
Maler	223,8	213,7	192,2
Glasern	268,2	217,0	178,7

Für das Malergewerbe verteilen sich nach den Angaben des "Reichsarbeitsblattes" Angebot und Nachfrage in den letzten 3 Monaten auf die einzelnen Landesteile folgendermaßen:

	Juni	Juli	August
	Arbeits suchende Stellen	Arbeits suchende Stellen	Arbeits suchende Stellen
Oppenland	26	18	27
Westpreußen	156	28	135
Berlin u. Brandenburg	3016	1264	2892
Pommern	158	98	128
Posen			2
Sachsen	288	219	312
Sachsen-Holstein	243	302	301
Schleswig-Holstein	886	108	458
Hannover	265	146	317
Westfalen	268	272	320
Hessen-Nassau	666	255	663
Thüringen	1212	681	452
Bayern	1104	419	1103
Freistaat Sachsen	1469	443	1397
Württemberg	344	295	391
Baden	819	174	347
Hessen	196	74	188
Mecklenburg-Schw.	45	39	53
Thüring. Staaten	170	141	266
Oldenburg	66	62	81
Württemberg	89	51	66
Baden	89	22	61
Bremen	197	142	244
Hamburg	1544	228	1842

Wie bereits in der Juliübersicht gemeldet worden ist, haben sich nach unserer monatlichen Umfrage, in der 180 Städten mit 43 282 Mitgliedern teilgenommen haben, im August 1919 2146 Kollegen als Arbeitslose gemeldet gehabt. Das ergibt auf je 100 Mitglieder 4,96 p. 3t. Arbeitslose.

Demokratie oder Diktatur.

Die Frage der Demokratie oder der Diktatur ist heute die große Streitfrage. Die Kommunisten nehmen an, daß eine relative Macht des Proletariats eingetreten sei, um den Sozialismus zu verwirklichen und fordern deshalb die Diktatur des Proletariats. Wie diese Diktatur sich vollziehen soll, darüber ist nun sich, trotz der vielen De-

hatten, noch nicht klar vorzoben. Das lebt die Erbildung im Kreis wie in den Engelsstaaten.

Die Mehrheit des Berliner Kongresses verurteilte den Volksdemokrat und stimmt für die Resolution Branting. Die Resolution erläutert: „In voller Übereinstimmung mit allen Denkressen der Internationale steht die Berliner Konferenz überzeugterlich auf dem Boden der Demokratie, eine vom Sozialismus bestimmte forschreitende Neugestaltung der Gesellschaft läßt sich nicht durchführen und erst recht nicht erhalten, wenn sie nicht in den von der Demokratie erneuerten und von den Arbeitern entwickelten Grundsätzen verankert ist. Diese Grundsätze der Demokratie sind: Freiheit der Presse, der Freiheit, der Versammlung, allgemeine Wahlrecht, verantwortliches Parlamentsystem, Gartnungen, welche die Wirtschaft und die Entscheidung des Volkes sichern, Staatsfreiheit usw., neben dem Proletariat zur gleichen Zeit die demokratischen Werkzeuge keine Kämpfe.“

In seiner Schrift: „Die Diktatur des Proletariats“ befürchtet stattdessen den theoretischen Streit zu formulieren, was nach seinen Darlegungen ist das sozialistische Endziel nicht die Sozialisierung der Wirtschaft, sondern die demokratische Organisation der Gesellschaft, die Vergrößerung der Ausbeutung und Unterdrückung. Rosa Luxemburg fordert (Soziologische oder Revolution): „Die Demokratie ist für die Arbeiterklasse notwendig und unentbehrlich. Sie ist ebenso notwendig, weil sie politische Arme braucht. Sie als Klasse und Stütze sollte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft dienen werden. Sie ist zweitens unentbehrlich, weil nur in ihr in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Macht, das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann. Mit einem Worte, die Demokratie ist notwendig, weil sie die Machtergreifung notwendig macht.“ Diese friedliche demokratische Methode des Klassenkampfes ist also auch in der sozialen Revolution beizuhalten. Während der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus muß natürlich die Marxistische Formel der Diktatur gelten. Marx meint aber darunter nur einen Bund, keine Regierungsform. Dadurch, daß die Regierungsform der Demokratie beibehalten wird, kann sich der Friede Friede aufrechterhalten, und was das notwendigste ist, Bestand haben.

Dengegenüber behauptet die bolschewistische Theorie: Die Menschen sind einander nicht gleich, also sollen auch ihre Stimmen nicht gleich sein. Ein Mensch, der nur von seinem Kapital lebt, nicht arbeitet, nur als Parasit, als Drame am Körper der Gesellschaft schmarotzt, soll nicht ebenso viel darzutragen haben wie ein Arbeiter, der durch seine Arbeit die Gesellschaft instand hält. Nur durch politische Entwicklung der Klassen kann die Macht des Kapitalismus gebrochen werden. Davor sind die Parlemente zu befehligen.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Anhängern der Demokratie und den Anhängern der Diktatur bestehen, bedürfen einer vorordnigen Verständigung, die über die Argumentation mit sogenannten Tagesproblemen weit hinausgeht. Es wird sehr häufig mit vorzeitlichen und einleuchtenden Gründen dargelegt, daß die Rücksicht auf politischen und wirtschaftlichen Gründen zusammenbrechen müsse. Man spricht vom verlorenen Krieg, vom ausgetrockneten Deutschland usw. Was aber die prinzipielle Seite des Problems — Demokratie oder Diktatur — betrifft, und insbesondere, so weit es sich um die ethische Fundierung unseres Standpunktes handelt, beginnt manlich vorwiegend mit der Konstitionierung, wie seien seit 50 Jahren Demokratien gewesen und doreum müßten wir es wissen oder aus denselben Grunde zur Diktatur übergehen.

Nur durch eine klare Formulierung der Begriffe Demokratie oder Diktatur gelingen wir zu einer kritischen Betrachtung. Was bedeutet Demokratie? Regierung des Volkes. Das Volk soll sich selbst regieren, nicht von andern regiert werden. Es soll seine Angelegenheiten selbst, nach eigenem Willen, befreien. Demokratie ist eben diejenige Organisation der Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind und gleicher Anteil an der Leitung der Gesellschaft haben. Es ist zu unterscheiden zwischen Demokratie, denn es gibt eine politische, die die politische Gleichberechtigung aller hat und zur Ausführung bringt, und eine wirtschaftliche, die die Gleichberechtigung in Produktion und Konsumtion fordert. Demokratie kann auch niemals vollkommen oder unvollkommen sein; denn Gleichberechtigung besteht oder besteht nicht. Eine politische Demokratie ohne wirtschaftliche Demokratie kann nicht bestehen; ohne jede politische Gleichberechtigung ist null und nichts. Wenn vorzugsweise die Minderheit der anderen Klasse gegenübersteht, anderseits ist wirtschaftliche Demokratie eine politische Demokratie undenkbar, weil die Nebenklasse die beliebende Gleichberechtigung alsbald wieder aufheben würde.

Eine wirtschaftliche Demokratie ist daher nur in einem sozialistischen Staat denkbar, der alle Klassenunterschiede aufhebt. Sie lebt hat es überbaust noch keine wirkliche Demokratie gegeben, am wenigsten in Deutschland, denn wir hatten ja noch nicht einmal einen modernen Pariser Frieden, und selbst dieser stellt immer noch keine Gleichberechtigung der Demokratie vor. Der Wahlkampf, wie er jetzt geführt wurde, machte eine objektive Urteilsschlußung einfach unmöglich. Die Presse der kapitalistischen Städte schreibt das Rechtsgesetz auf die Meinung der Demokratie, und so ist der Parlamentarismus in seinen modernen Formen die Demokratie nicht verwirklicht. Deine Demokratie verlangt nach vereinbarten Formen der Repräsentation.

Diktatur bedeutet Herrschaft. Da diese Herrschaft einen Abschluß sein kann, so gibt es zwei Teile: eine reine Diktatur. Diktatur ist nun nicht das, was wie Terror, denn Terror ist brutale Gewalt, Spreden, die Herrschaft der rohren und abgelenkten Elementen, eine Quelle der Angst und Verzweiflung. Gestor zu konzentrieren, hat es bis jetzt während der Revolution noch keine Diktatur des Proletariats gegeben. Es war die Diktatur eines Mäderchen über andere Volksgruppen.

Die Diktatur des Proletariats kann sich in verschiedenen Formen vollziehen, auch in äußersten Formen der

Demokratie; denn, wenn ein Parlament keine sozialistische Mehrheit besitzt und trotzdem weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen beschließt, um Ruhe und Ordnung zu haben, so steht der Wille des Proletariats. Der Wille des Proletariats herrscht also, obwohl der Parlamentarismus bestehen bleibt. Diese Form der Herrschaft des Proletariats wird auch von allen sozialistischen Richtungen gebilligt. Wenn heute mit der Sozialisierung in Deutschland begonnen wird, so nur deshalb, weil die Diktatur des Proletariats bereits bei uns besteht. Nur unter der drohenden Bedrohung, unter dem Druck der Verhältnisse, wird mit dieser sozialistischen Aktion begonnen.

Diktatur des Proletariats ist also derjenige Weg, auf dem der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft sich vollziehen kann. Schaltet das Proletariat die bestehenden Massen von der Macht aus, so ist das die offene Diktatur. Diese Form verfüllt eine Mäteverfassung, in der nur Proletarier wahlberechtigt sind.

Die unstillbare, terroristische Form der Diktatur ist am schärfste zu verwerfen. Der Mensch ist wertvoller als die Idee, man darf ihn nicht mit Terror überzeugen wollen, die Geschichte hat Zeit. Terror demoralisiert die Massen. Mit seiner sozialdemokratischen Ideale zu verbreiten sucht, indem er für Sozialismus und Demokratie kämpft, der ist für den Verfechter der terroristischen Diktatur ein „Knecht der Bourgeoisie“, ein „Sozialverräter“, der unter der Maske eines frakthaften vergereten Sozialismus vergewaltigt werden muß. Durch den Appell an die niedrigsten Instanzen fördert der Sozialismus die wirtschaftliche Anarchie, und es können ganz besondere Gefahren herauftreten werden. Die tausendmal geprägte Verzerrung des Staates ist gleichbedeutend mit der Aufhebung des Staates, und die terroristische Diktatur beginnt den Ausbruch eines anarchistischen Großmutes, was ja Lenin und Trotsky in allen ihren Schriften anerinnern.

Der Streit innerhalb unserer sozialistischen Bewegung dreht sich hauptsächlich um die Form der Diktatur, darum trennen sich auch dort unsere Wege, wo eine anarchistische Form der Diktatur einschlägt. Wenn eine radikale Minderheit über eine gewisse Mehrheit herrschen will, so fordert sie eine Diktatur über das Proletariat, die zu katastrophenalen Wirkungen führen mögl. Schändend denkt ich an die Zustände in München, wo geistige Nachahmung bolschewistischen Terrors den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführte. Dort wurde bestätigt, daß terroristische Diktatur zur Anarchie und zur Herrschaft der rohesten Elemente über die friedlichen führen muss und daß mit solchen Versuchen dem Sozialismus schwerer Schaden zugefügt wird.

Das Proletariat muß sich einig werden, denn es kann nur richtig sein, wenn es freiheitlich ist. Ist es nicht so, so ist die Form so wertlos für seine Diktatur wie die andere. Die terroristische Form ist aber für deutsche Bevölkerung verhältnisweise heftig ist, in einem andern Tempo wie früher. Unsere Demokratie und Diktatur muss es daher wählen. Die Schaffung eines sozialistischen Geistes, der alle Kreise menschlichen Denkens und Fühlens befriert, kann aber nur erreicht werden, wenn nicht jener Despotismus auslöst, der zwar von der Gerechtigkeit ausgeht, aber diese Gerechtigkeit durch Terror erreichen will.

Germann Wilke, Hilbersheim.

Lohnbewegungen und Streiks.

Bramberg. Nach vierzigtem Streik ist am 30. September die Arbeit wieder aufgenommen worden. Im August forderten wir die Weiterleitung auf, in Verhandlungen mit uns zu treten. Die Antwort jedoch blieb aus. Am 8. September richteten wir nochmals das dringende Erwachen an sie, sich bis zum 12. September endgültig zu äußern. — Was schrieben uns die Herren? — Erst wenn wir zu Polen gehörten, könne verhandelt werden. Nach dem 15. Oktober stände statutgemäß die Annahme fest, und dann könnte eventuell darüber Beschluss gefasst werden. Nebrigens hätten die Meister mit dem Gehaltsverbande gar nichts mehr zu tun.

Inzwischen hatten wir uns mit dem polnischen Verbande verständigt und beriefen zum 19. September eine öffentliche Versammlung ein. Eine allgemeine Entlastung entstand über eine beratige Antwort. Die Versammlung beschloß, die Sache dem Schlichtungsausschuß zu übertragen. Falls bis zum 23. September mittags keine Befreiung eintritt, soll am 24. September früh die Arbeit niedergelegt werden. Die Antwort blieb natürlich aus, und so waren mittags schon sämtliche Arbeitsstätten verlassen. Die Lohnkommissionen wurden beim Schlichtungsausschuß sofort vorstellig, erklärten die näheren Umstände und erwirkten, daß die Verhandlungen am 26. September stattfinden.

Die Wagenfabriken und Lackierermeister erklärten sich mit den aufgestellten Forderungen einverstanden und unterzeichneten am 25. September den Tarif, der unter anderem festlegt: für Lackierer über 20 Jahre M. 2,10, unter 20 Jahren M. 2, für Anstreicher (Hilfsarbeiter) über 24 Jahre M. 2, unter 24 Jahren M. 1,80 Stundenlohn. Hierzu treten Leistungszulagen für Verheiratete 80 M. für Unverheiratete 45 M. pro Stunde.

Durch die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wurden dann folgende Mindeststundenlöhne festgesetzt: Für Gehilfen unter 20 Jahren M. 1,70, über 20 Jahren M. 1,90, für Anstreicher unter 24 Jahren M. 1,50, über 24 Jahren M. 1,80. Hierzu treten Leistungszulagen für Unverheiratete von 85 M. für Verheiratete von 45 M. pro Stunde. Sofern die Einzelarbeitsverträge (Lackierer) günstigere Arbeitsbedingungen vorsehen, bleibt es bei diesen. Für Seife werden 75 M. verzögter. Die Arbeitgeber verpflichten sich, niemand von ihren bisherigen Leuten auszuschließen. — Unser geschlossenes Vorhaben hat uns somit einen weiteren Erfolg gebracht.

Aus unserm Beruf.

Herren im Malergewerbe. Die Malerzunftsgesellschaft in Hamburg hat in diesem Jahre 10 bei ihr beschäftigten Kollegen Ferien gewährt unter Fortzahlung des vollen Lohnes. 1 Kollege bekam 2 Wochen, 5 je 1 Woche

und 4 je 8 Tage Ferien. Die Ausgaben machen rund M. 1100 aus, die, wie uns versichert ist, vom Geschäft wohl getragen werden können. Man sieht, daß die Durchführung der Ferienfrage, die noch von vielen als ein Villenleben dargestellt wird, auch im Malergewerbe in Angst genommen werden kann, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist.

Die Arbeitsgemeinschaften,

denen es ebensoviel an Beschränkungen wie an Gewinn zu schenken scheint, war Gegenstand einer lebhaften Diskussion in einer Mitgliederversammlung am 8. Oktober in Nürnberg. Von den Werkschäfern der Arbeitsgemeinschaften wurde unter anderem ins Wege geführt, daß dieselben die revolutionären Arbeiter einschäfeln, daß sie Harmoniebund bedeutet. Nichts falscher als solche Ansichten. Mit revolutionärer Gedanke, die sich doch nur in Gewaltausübung und Thaten äußert, ist der Arbeiterschaft in ihrem gewerkschaftlichen Kampfe nichts, aber auch kein gar nichts gütig, zumal dann noch, wenn ihr die Hauptfeste, die nötigen Wachmittel, ihren Willen durchzusetzen, fehlt. Die Momente zur Übernahme der gesamten Produktion durch die Arbeiter, so erfahrungswert dieser Gedanke an und für sich ist, sind zurzeit keinesfalls gegeben, und es bedarf noch langer, planmäßiger und intensiver Arbeit seitens der Gewerkschaften, die neuerdings bemüht bedauerlicher und seltümlicherweise von linksradikaler Seite als überflüssig bezeichnet werden, dieses Ziel zu erreichen. Wohl ist es möglich, die politische Macht in Kurze Zeit von einer politischen Gruppe auf eine andere zu übertragen, dies trifft aber keineswegs auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu, noch dazu zu einer Welt, in der das wirtschaftliche Leben infolge von Kohlemangel, Mangel an Rohstoffen und vielen andern Umständen völlig zerstört ist.

Notwendig ist es, wenn wir in Zukunft entscheidenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben wollen, daß wir uns weitesten Einblick in das Geschäftsgeschehen der Unternehmer verschaffen, daß wir uns dadurch Sach- und Nachfragerinnis bis ins Kleinste aneignen. Die gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsprobleme ohne die Erforschungen und Mittel der Unternehmer zu lösen, erachte ich für nicht möglich; nur durch engste Führung mit denselben läßt sich wieder eine gesunde Wirtschaftsbasis schaffen. Das bedeutet die Interessen der Arbeiterschaft nicht einen Moment aus den Augen gelassen werden dürfen, bedarf wohl weiter keiner Erörterung, es ist dies eine Selbstverständlichkeit. Als grundsätzliche und diese wichtige Angelegenheit als sehr oberflächlich behandelt müssen es bezeichnen, wenn ein Kollege die Arbeitsgemeinschaften mit der Gewerbebewegung, die Organisation könne gegen die Stimmenmehrheit der Unternehmer in derselben ihren Willen doch nicht durchsetzen, abzutun geachte. Ihm sei erwidert: Es wäre bislang schlecht um die Arbeiterbewegung bestellt gewesen, wenn sie von solch kleinen Gesichtspunkten geprägt worden wäre. Weiss dieser Kollege denn nicht, daß seitens der Arbeiterschaft keine Mittel und keine Opfer gescheut würden, um in alle öffentlichen Abteilungen einzudringen, um dort militärischen und mit militärischen Mitteln nicht, das durch geschickte und vernünftiges Handeln auch einer Minderheit sich viele Vorteile durchsetzen, viele Verschlechterungen verhindern lassen? Diese Momente allein schon müssen bestimmt sein, dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaften mehr Sympathie zugewandten. Tatkundiges und verständnisvolles Aufrufen der in die Arbeitsgemeinschaft berufenen Kollegen kann für die Kollegenschaft Vorfälle manngleichster Art zeitigen. Ganz mit Recht wurde unter anderm angeführt, daß es nicht konservativer Geist sei, als konserватiv, sich dieser Renerierung feindlich gegenüberzustellen.

Darum hinein in die Arbeitsgemeinschaften, die den neuen Zeitverhältnissen Rechnung tragen; die Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen den Unternehmern jede Verhandlungsfähigkeit zu wünschen, sie werden auch in den Arbeitsgemeinschaften ein segendreiches Arbeitsfeld finden und bringendes zu erzielen vermögen.

Erste Voraussetzung allerdings ist, daß die Geschlossenheit aller Kollegen ein geistiges Arbeiten nach dieser Richtung weitgehendst unterstützt. In unserer Geschlossenheit liegt und war noch immer unsere Macht gelegen, durch sie nur ist die Möglichkeit gegeben, glänzend auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, an ihr wird und muss alle Unternehmerwillkür zerstören. Kollegen, lasst euch in gewerkschaftlichen Fragen nicht allzusehr von Leidenschaften, die leider immer noch den politischen Kampf in der Arbeiterschaft kennzeichnen, leiten, lasst mehr und mehr wieder die Waffen nicht sprechen; denn schon der Versuch, an dem letzten Gebilde der Gewerkschaften zu rütteln, Brotpunkt in deren Reihen zu tragen, ist als Verbrechen an der Arbeiterbewegung zu bezeichnen. Wege denn je hängt das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft von einer starken, von einheitlichem Willen getragenen Organisation ab.

H. Hellwig.

Die Konferenz der Fittale Plauen i. B., die am 28. September in Plauen stattfand und mit dem Vorstand der Fittale sowie 11 Delegierten der Zahnstellen beschäftigt war, hatte folgende Tagesordnung: 1. Das neue Statut; 2. Kassenbericht; 3. Verbandsangelegenheiten. Der Vorsitzende, Kollege Boingfürst, eröffnete die Konferenz und erklärte dem Kollegen Moder, der als Delegierter der Gewerkschaftsversammlung den Verhandlungen teilnahm, das Wort zum Punkt „Das neue Statut“. An der Hand des Materials, das er aus der Generalversammlung gefäßt hat, versuchte er den Vertretern der Konferenz die Abänderungen sowohl als auch die Neuerungen des Statuts, die sich in Anbetracht unserer neuen Wirtschaftsform geltend gemacht haben, begreiflich zu machen. Daß dies sehr schwierig und auch täglich damit Umgang haben muß, eben man vollständig darin eingeweiht ist, mußte auch der Delegierte zugeben. Es entspann sich eine ausgedehnte Diskussion, speziell zu den Paragraphen über Streiks und die Unterstützungsvereinigungen, die nach Ansicht einzelner Delegierter der heutigen Zeit trockenledem nicht gerechtigung trügen. Die allgemeine Auffassung war die, daß die Generalversammlung zu schnell einberufen war, da ja die meisten Kollegen eben erst aus dem Felde herausgekehrt und in der Umgestaltung unserer Verhältnisse im Beruf nicht genügend unterrichtet waren. Die meisten versprachen sich ein anderes Bild von der Statutenberatung, schon der Beitragserhöhung halber. Vom Referenten

wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß der Geschäftsbereich des Vorstandes zu viel Zeit in Anspruch genommen habe und aus diesem Grunde den Beratungen des Status, wegen vorausgesetzter Zeit, nicht die Gegenwart zugewandt worden ist, wie es eigentlich dem Verhältnis unterer Organisation entsprechend entfaltet werden müßte. Beim Kassenbericht, den Kollege Mader gab, wurde allgemein bedauert, daß die Kassenverhältnisse infolge dieses menschenverdorbenen Krieges, dem auch ein so großer Teil unserer Kollegen zum Opfer gefallen ist, nicht allzu rosig aussehen, da die Filiale mit einer Schuldenlast für die Hauptstelle mit über 11.000 belastet ist. Der Kassierer gab an, daß der Stand der Wirtschaftssituation, die im zweiten Quartal von 1919 auf 208 gestiegen ist, der Hoffnung Ausdruck, daß wir wohl in absehbarer Zeit wieder mit gesunden Verhältnissen rechnen können, wenn die Kollegen sich ihrer gewerkschaftlichen Pflicht bewußt bleiben. Unter Punkt "Verbandsangelegenheiten" machten die Vertreter der Zahlstellen mit Recht ihrem Herzen genügend Ruhm, was ja schon darin zum Ausdruck kam, daß dieser Punkt vor 8 Stunden in der Diskussion in Anspruch nahm. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Tätigkeit des früheren Vorsitzenden, Kollege Möhle, schriftlich gezeigt, als die Kollegen der Zahlstellen, trotz wiederholter Aufforderungen an ihn, einen Anschluß an die Filiale Blaue wieder in die Wege zu leiten, sein Gehör fanden. Gewiß war es verständlich, daß er als Nationalversammlungsmitglied sich ausschließlich seiner Verpflichtung widmete; die Delegierten waren aber der Ansicht, daß er darüber zu sorgen hatte, daß zwischen einer geeigneten Person gewählt wurde, und hielten ihren Antrag, ihm deshalb ein Wahlraumsvotum auszustellen, voll aufrecht. Unter anderem stand ein Antrag Greiz zur Diskussion, welcher die Zustimmung von der Filiale forderte mit der Begründung, daß sich die Zahlstelle als selbständige Abteilung finanziell besser stände. Jetzt wäre die keine Gelegenheit geben, in irgendeiner Weise den Kollegen etwas zu bieten in Veranstaltungen von Vergnügungen usw., die doch auch agitatorisch von nicht geringem Einfluß sind; immer erst müßten sie an die Filiale gehen. Auch die Vertreter der Zahlstelle Melchenbach wünschten dasselbe mit der gleichen Begründung. Die Delegierten machten ihnen begreiflich, daß nicht eine Trennung von der Filiale, sondern ein fester Zusammenschluss zu größeren Vorteilen innerhalb unserer Organisation der Hauptverbandung die Arbeit wesentlich erleichtert und nicht, wie man vielleicht annimmt, der Apparat der Verwaltungsmittel verhindert, sondern vergrößert wird. Der Antrag der Zahlstelle Greiz wurde mit Ausnahme der beiden Delegierten der Zahlstelle abgelehnt, ihnen aber gräßt möglichstes Entgegenkommen finanzieller Art garantiert. Um 8 Uhr abends sank, nachdem der Kollege Mader die Delegierten ersucht hatte, die positive Arbeit, die hier in achtundvierzig Beratungen geleistet worden ist, auch fruchtbringend auf die Zahlstellen zum Gelingen unseres geplanten Zieles zu leiten, ihr Ende.

Mögen es die Kollegen befehligen, daß wir ein fester Zusammenschluß und unermüdliche Arbeit uns unfern Bleien, der Verteilung aus den kapitalistischen Fesseln, näher bringen wird.

Aus Unternehmertümern.

In im Malergewerbe eine Sozialisierung durchführbar? Mit dieser Frage beschäftigte sich der 2. Allgemeine bayerische Malerntag, der vom 8. bis 9. September 1919 in Bamberg abgehalten wurde. Der Referent, Herr Stolz, ging in seinem Referat über „Die Lage des Malergewerbes im neuen Staat“ des näheren auch auf die Sozialisierungswage ein. Nach seiner Ansicht unterblieb eine Sozialisierung jegliche freie Entwicklung des Betriebes, auch würden die Betriebskosten ganz enorm werden, so daß der Nachwuchs an seiner Ausbildung kein Interesse mehr habe. Das Malergewerbe sei als Kleingewerbe für die Sozialisierung nicht reif und werde es auch niemals werden infolge seiner eigenartigen Verhältnisse. Der Verbandstag müsse daher zumindest eine Sozialisierung ablehnen. Trotzdem hält der Referent eine Anpassung an die Forderungen der neuen Zeit für notwendig. Die Ausbildung der Lehrlinge, Gehilfen und Meister müsse mit allen Mitteln gefördert und die Arbeiter auch entsprechend bezahlt werden. Die Meister müßten sich besser organisieren, um ihre wirtschaftlichen Forderungen durchführen zu können. Es seien Genossenschaften und Wirtschaftsräte zu bilden, das sei auch ein Stück Sozialisierung.

In der Diskussion wurde im allgemeinen den Ausführungen zugestimmt. Die vom Referenten vorgelegte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme, in der es unter anderem heißt: „Die Tagung des bayerischen Maler- und Tünchergewerbes in Bamberg erkennt an, daß das Maler- und Tünchergewerbe seinen Platz im Wirtschaftsleben nur dann nicht nur behaupten, sondern ihn auch noch erweitern kann, wenn es den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Zeit Rechnung trägt. Die technische und künstlerische Leistungsfähigkeit und die Rentabilität eines Maler- oder Tünchergewerbes ist nur gegeben, wenn dem Meister vielseitige, technische, künstlerische und kaufmännische Kenntnisse und Fähigkeiten zu Gebote stehen und wenn er unermüdlich, fleißig und regsam ist.“ Das Maler- und Tünchergewerbe kann — selbst da, wo es vereinzelt als Großbetrieb auftritt — nur handwerklich betrieben werden. Eine Sozialisierung dieses Gewerbes würde die Betriebsleitung erschweren und die Herstellungskosten außerordentlich verteuern; sie würde auch die gesunde Weiterentwicklung des Gewerbes sowie die Fortbildung der Lehrlinge, Gehilfen und Meister ungünstig beeinflussen. Davon hätte die Allgemeinheit keinen Nutzen, die Meister- und Tünchermaster aber jowohl der gewerbliche Nachwuchs würden in hohem Maße geschädigt. Der Verbandstag schlägt deshalb eine mechanische Sozialisierung des Maler- und Tünchergewerbes mit aller Entschiedenheit ab.

Will aber das Malergewerbe den Wirtschaftskampf der Zukunft erfolgreich bestehen, so muß es sich besser als bisher organisieren. — Es ist Pflicht der einzelnen Mitglieder, neue Mitglieder zu werben, um wirtschaftliche

Rechte hochzuhalten und gegebenenfalls zu verteidigen und angemessene Preise zu kalkulieren und in Rechnung zu stellen. — Doch auch vom Reich, Staat und Gemeinden verlangt der Verbandstag weitgehende Fürsorge, Unterstützung und Förderung des Handwerks. Er ist sich dabei bewußt, daß die Forderungen des Handwerks nur dann berücksichtigt werden, wenn die Handwerker sich beruflich und genossenschaftlich zusammengeschlossen haben und sich parteipolitisch mehr als bisher betätigen. Sollte es dadurch, nicht Abgeordnete als bisher aus Handwerkerkreisen in die öffentlich-rechtlichen Abteilungen eingesetzt werden, so wird der Einfluß des Handwerks bei den politischen Parteien fühlbar steigen und die Forderungen des Handwerks werden Beachtung finden.“

Gewerkschaftliches.

Der Bildhauerverband ist nach dem Beschluss seiner letzten Generalversammlung am 1. Oktober zum Holzarbeiterverband übergetreten. Er zählt in 88 Zahlstellen 8800 Mitglieder. Bis 1. Dezember 1919 müssen die Mitglieder ihren Vereinheitlichungsvorschlag eingereicht haben. Wer das bis dahin nicht getan hat, wird als Neuaufnahmender behandelt. Das Fachorgan des Verbandes, die „Bildhauerzeitung“, hat ihr Erscheinen eingestellt.

Eine Verschmelzung des Asphaltarbeiterverbandes mit dem Dachdeckerverband wird zurzeit erwogen. Es sind provisorische Übertrittsbedingungen entworfen worden, die den „Asphaltarbeiter“ nunmehr den Verbandsmitgliedern zur Überprüfung unterbreitet. Demnach würden die Asphaltarbeiter als Reichssekretion dem Dachdeckerverband betreten; bis zum nächsten ordentlichen Verbandstage im Jahre 1920 sollen die statutarischen Beiträge und Unterstützungen des Verbandes der Asphaltarbeiter für die bisherigen Mitglieder der Reichssekretion bestehen bleiben. Der angestellte Beamte des Verbandes wird für die Sektion der Asphaltarbeiter übernommen. Der „Dachdeckerzeitung“ werden nach Bedarf besondere Beilagen für die Asphaltarbeiter beigegeben. Die Verschmelzung könnte, wenn die Asphaltarbeiter zustimmen, bereits am 1. Januar 1920 erfolgen.

Sozialpolitisches.

Sozialisierung des Aerztestandes. Der lärmlich in Eisenach abgehaltene 41. deutsche Aerztestag beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage der Sozialisierung des Aerztestandes. Der Referent hierzu, Sanitätsrat Dr. Mengden, Berlin, betonte, die Sozialisierung des Aerztestandes zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und damit eine wichtige Kraft für die Heilung. Die Sozialisierung des Aerztestandes hemmt den behandelnden Arzt bei der Verwendung von Heilmitteln und der Anwendung von Heilmethoden; sie verleiht die Gefahr in sich, daß der Arzt aufhört, Freund und Berater der ihm vertrauenden Kranken zu sein. Die Sozialisierung verschlechtert somit notwendig die Gesundheitspflege und schädigt dadurch die Volksgesundheit schwer. In der Debatte bestreitet Dr. Sternberg aus Berlin, daß aus dem Erfurter Programm ohne weiteres die völlige Beamtung der Aerzte zu folgern sei. Die Sozialisierung brauche nicht das Vertrauensverhältnis zu beeinträchtigen. Auch die Einführung der Anwendung von Heilmitteln ist heute schon bei der Kassenärztlichkeit vorhanden, sie könnte allerdings bei der Sozialisierung allgemein werden. Wenige von den Aerzten, die im Dienstleistungsleben stehen, sind heute imstande, wissenschaftliche Tätigkeit zu pflegen. Das geschehe heute schon allein von den ärztlich angestellten Lehrpersonen. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Die Aerzteschaft als die berufene Hüterin der Volksgesundheit spricht sich dahin aus, daß die Belästigung der Volkskrankheiten und die soziale Hygiene durch beantragte Pflegeordnungen und die Errichtung eines Landesgesundheitsamts mit einem Arzte an der Spitze voll durchzuführen ist.“ Dagegen lehnt sie eine Verstaatlichung der Aerzte bezüglich der Behandlung der Kranken in Hinblick auf das unbedingt notwendige persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Kranken und im Interesse aller Kranken selbst sowie des ärztlichen Berufs und der ärztlichen Wissenschaft grundlos ab. Die restlose Durchführung der organisierten freien Arztwahl im gesamten ländlichen Dienst sichert am vollkommensten die Erfüllung auch der umfassenden Aufgaben des Heilwesens. Der ärztliche Stand ordnet sich am zweckmäßigsten in freier, genossenschaftlicher Form dem Organismus des wettätigen Volkes ein.“

Kampf den Buchpreisen. Ein Jahr Revolution haben wir bald zu verzichten, ohne daß eine Preissenkung der wichtigsten Lebensmittel eingetreten ist. Im Gegenteil, die Teuerung hat sich noch bedeutend verschärft. In den letzten Wochen wieder haben notwendige Bedarfssachen, wie Kleider, Schuhzeug, Feuerungsmaterialien usw., eine erstaunliche Preistreigerung erfahren, vornehmlich durch künstliche Preistreiberei, wie sie schon während der langen Kriegszeit von gewissenlosen Elementen mit Hochdruck betrieben wurde. Unerwünschter denn je treiben Bucherer und Schieber ihr schmückes Handwerk. Warum wird gegen diese Elemente nicht mit der rücksichtlosesten Strenge vorgegangen? Welch schlimmer Bucher wird gar nicht nur mit Brotgetreide und Kartoffeln betrieben? Das Schieberum verläuft große Mengen Getreide weit über den Höchstpreis nach Holland; das nach dem Auslande geschaffte Getreide kommt als Auslandsmehl wieder nach Deutschland zurück und wird zu Phantasielpreisen an die Bevölkerung verkauft. Das gleiche geschieht mit den Kartoffeln. Ist es gerechtfertigt, daß für fertige Anzüge heute M. 800 und mehr gefordert werden? Für Herrenschürze, die vor Auhebung der Bezugsschampflicht M. 64 kosteten, heute M. 100 und mehr gefordert werden? Hierbei handelt es sich nicht einmal um Qualitätsware. Wer verdient denn bei diesen preisgekrüppelten den ungeheuren Preisunterschied? Es sind zweifellos dieselben Krüppel, die schon während der Kriegszeit das Volk in schlimmster Weise ausgeplündert haben. Und die heute nicht wissen, wohin sie mit dem vielen, so leicht erworbenen Gelde sollen, die verkrüppeln es, während der größte Teil unseres Volkes voll banger Sorge dem Winter entgegeht. Denn auch die Erzeugungsmaterialien, wie Holz und Leder, sind von Woche zu Woche im Preise gestiegen. So wird die chronische Kohlemangel von Spekulanten skrupelloz zur eigenen

Berücksichtigung ausgenutzt. Und die unausbleibliche Folge dieser endlosen Preistreiberei ist, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte zu weiteren Sozialforderungen gezwungen werden. Ein Stell trat so den andern und unsere Volkswirtschaft, statt zu gesunden, wird rettungslos dem Nihilismus entgegenstreben. Deshalb muß schnellstens Handwerk zu legen, um den Volksschaden durch ihr Handwerk zu legen.

Vom Ausland.

Der Reichstagsuntertag ist in ganz Spanien ohne bedeutende Widerstände eingeführt worden. — Auch in Schweden ist der Reichstagsuntertag durch Reichsgesetz zur Einschaltung gelangt.

Der Vorstand unseres Schweizer Bruderverbandes ersucht uns um die Bekanntgabe folgender Zettel:

Durch die sehrlich verfügte Grenzsperrung nach der Schweiz sind sehr viele Kollegen deutscher Nationalität, die ihren Wohnsitz vor dem Kriege in der Schweiz hatten, in die totale Lage versetzt, nunmehr ihre Beschäftigung in Deutschland zu suchen. Diese Maßnahme ist angebracht der Tattheit, daß die meisten von ihnen ihre Familie noch in der Schweiz haben, sehr bedauerlich, kann aber von uns nicht abgewendet werden. Seit Kriegsbeginn werden wir nun häufig von den Familien in Deutschland um Einstellung der Mitgliedsbücher für diese Kollegen ersucht, damit sich diese bei der deutschen Organisation mit Anerkennung der Schweizer Mitgliedschaft insofern anmelden können. Dieses Verlangen wird jeweils nach Leisten können erlebt, steht aber größtenteils auf unlösbare Verabredungen, die durch die betreffenden Kollegen selbst beschlossen sind. Die meisten von ihnen unterlassen die notwendigsten Angaben für die Ermittlung des Buches. Um für die Zukunft pront bedienen zu können, ersuchen wir um strikte Beachtung nachstehender Angaben:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsjahr, Geburtsort.

2. Angabe der Sektion oder Zahlstelle, eventuell Einzelmitgliedschaft beim Centralverband, bei welcher der betreffende Kollege direkt vor der Abreise nach Deutschland gemeldet war.

3. Wo dies nicht mehr mitgeteilt werden kann, Angabe des Ortes, wo der Weitritt zum Verbande erfolgte.

4. Möglicht genaue Angabe des gleich bezahlten Wochenbeitrages.

5. Diese Angaben sollen gut leserlich geschrieben sein.

Durch diese Ermittlung werden wir die gestellten Verlangen auf Aushändigung der Bücher viel schneller und gewissenhafter erleben können, womit den Kollegen allseitig gedient ist.

Der Vorstand des Centralverbandes der Maler und Gläser der Schweiz.

Fachtechnisches.

Was ist Poliment? Diese Frage wird von der „Farbenzeitung“ wie folgt beantwortet: Poliment, ein Grundierungsmaterial für Farbengoldung, besteht hauptsächlich aus feinem Ton und Wachsfeife. Letzterer Zusatz dient zur Erhöhung der Geschwindigkeit des Tonens. Der Ton muß auf das feinst geschlammmt, dann auf der Vollermühle gemahlen werden, denn von der Feinheit des Ton's hängt die Brauchbarkeit eines Poliments ab. Das gemahlene Poliment wird noch abgesiebt, vorteilhaft durch ein Nappersfahren, um Sandkörnchen möglichst auszuschalten. Man verdünnt das Tonpoliment mit Wasser, führt es in dünnen breiten Strahle einem Küttelsieb zu und filtert es. Hierzu dienen Spindel- und Filterpressen, Nutz- und Vakuumfilter. Die Wachsfeife wird warm aufgesetzt, das Gemisch geht durch eine Kreishermühle, wird in Fässer gefüllt oder auf Brettern getrocknet. Gefärbte Polimente werden erhalten durch Anfarben des Ton's mit Röth, Oder, Umbra oder andern Farben. Benutzung: die Oberfläche des zu vergoldenden Holzes wird etwas aufgeraut, heiße dünne Leimlösung mehrmals als Porenverdichtung aufgetragen, darauf mit Kreide grundiert und die trockene Grundierung sauber abgeschliffen. Nach dem Abziehen mittels Zucklappen kann das Poliment aufgetragen werden.

Fachliteratur.

Neue östliche Grundieretechnik für Ausreicharbeiten aller Art. Von Paul Jäger. Mit 31 Abbildungen im Text und einem Anhang: Anleitungen und Vorschriften für Vergoldung und Ausführung von Ausreicharbeiten. Vierte Auflage. Stuttgart, Verlag von Konrad Wittwer, 1919. Preis M. 3,50.

Das Buch ist in allen Teilen ergänzt, im Text verbessert und hat insbesondere in den Abschnitten „Malierungen und Mattlackierungen“ Seite 47 ff. und „Rostschutzanstriche“ Seite 68 und 69 eine vollständige Umarbeitung erfahren. Besondere Sorgfalt ist auf die Neubearbeitung der „Anleitungen und Vorschriften“ verwendet, worin die Abschnitte „Grundierung von Leerbalsachen und Ersatzfarben“ Seite 112, „Gedie Füßböden“ Seite 112 a und „Holzmauerungen“ Seite 112 a–d neu aufgenommen worden sind, während die ganzen „Arbeitsvorschriften“ Seite 116 bis 124 im einzelnen ausführlich berichtigt und ergänzt wurden.

In dem Buch sind alle diejenigen Stellen seitlich schwarz angestrichen, die von besonderer Wichtigkeit sind und daß in dem betreffenden Abschnitt Gesagte in den Hauptmerkmalen zusammenfassen; dadurch wird der Leberblick auch für diejenigen erleichtert, die sich nicht die Zeit nehmen, den Inhalt eingehend zu studieren.

Literarisches.

Das Recht der Übergangszeit. Von Gerichtsassessor Dr. Falzow, Referent im Reichswirtschaftsamt. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW 43, Wilhelmstraße 9. Preis M. 2,50. Das letzte Jahr hat die rechtlichen Verhältnisse auf allen Gebieten völlig umgewandelt,

